



Gemeinsame Medienmitteilung der Fraktionen von SP, Grünen und AL

Fairness für die RBAG-Mitarbeitenden!

Heute Morgen haben GewerkschafterInnen des vpod bei der Rolf Bossard AG im Werk Oberhasli eine Flugblatt-Aktion durchgeführt. Den Mitarbeitenden der RBAG wurde volle Unterstützung zugesagt bei ihrem Kampf gegen die drohende Entlassung. Vom ERZ-Direktor a.i. Peter Wiederkehr wurde eine schriftliche Arbeitsstellen-Zusicherung gefordert, so dass das Personal der RBAG im ERZ eine Stelle findet, falls sich keine andere befriedigende Lösung ergeben sollte.

In einer Medienmitteilung von heute hält der vpod zudem fest, dass er mit der ERZ-Direktion und dem zuständigen Stadtrat Filippo Leutenegger entsprechende Gespräche führen will.

Die Fraktionen von SP, Grünen und AL im Gemeinderat unterstützen die Forderung von vpod und Mitarbeitenden nach einer Beschäftigungsgarantie. Es kann nicht angehen, dass die Mitarbeitenden unter vergangenen Fehlern der Stadt leiden und das Debakel bei der RBAG ausbaden müssen. Aktuell wird die RBAG faktisch aufgelöst, dabei wird das Personal an private Fuhrwerker abgeschoben. Sämtliche Verträge zwischen dem ERZ und der RBAG sind per Ende September bzw. Dezember 2018 gekündigt worden. Zwei bisher von der RBAG für ERZ ausgeführte Aufträge – die Sammlung und Verwertung von Karton aus Haushaltungen und Betrieben und die Bewirtschaftung der Sammelstellen am Zürichsee – sind bereits an private Unternehmen vergeben, drei Chauffeure und sechs Belader mitverkauft worden.

Mit der Auflösung der Verträge wird eine Firma, welche zu 100 % in städtischem Besitz ist, regelrecht ruiniert, die Ausschreibungen zum jetzigen Zeitpunkt sind ohne Not passiert und eine politische Hauruck-Übung. Anstatt eine Lösung mit allen Beteiligten zu finden, werden Mitarbeitende vor vollendete Tatsachen gestellt und Werte vernichtet.

Wir fordern von ERZ und vom Stadtrat, dass Monopolleistungen von ERZ übernommen und andere Aufträge so ausgeschrieben werden, dass die Entsorgungslogistik optimiert, die Transportdistanzen kurz gehalten, höchste Standards bei der Verwertung sichergestellt und die Arbeitsbedingungen der Angestellten dem Niveau von ERZ-Mitarbeitenden entsprechen. Sämtlichen Personen ist eine Stelle bei der Stadt zu vermitteln, kommt es nicht zu einer anderen guten Lösung. Noch besser wäre allerdings die Integration der RBAG in die Stadtverwaltung, wie sie 2005 von den damaligen Gemeinderäten Gerold Lauber und Balthasar Glättli als Option angeregt worden ist (GR 2005/489).

Davy Graf, Fraktionspräsident SP, 079 307 19 86

Andreas Kirstein, Fraktionspräsident AL, 079 352 38 21

Markus Kunz, Fraktionspräsident Grüne, 079 463 28 45